

SZ 24.6.2022

Wie Biden Putin stoppen will

Der US-Präsident will Russland mit einer Preisobergrenze für Öl in die Knie zwingen. So sollen Putins Einnahmen sinken, ohne dass die Öl-Lieferungen ausbleiben. Doch selbst Verbündete bezweifeln, dass der Plan aufgeht

SZ 24.6. 2022

VON CLAUDIUS HULVERSCHEIDT

Beim Blick auf die nackten Zahlen kann mal als Kritiker des Feldherrn Wladimir Putin wahrlich in Trübsinn verfallen. Seit vier Monaten bemühen sich die Europäische Union, die USA und ihre Verbündeten darum, die Geldquellen des russischen Präsidenten im Öl- und Gasgeschäft mit Boykotten und Embargos trocken zu legen und ihn so zu zwingen, seinen Angriff auf die Ukraine abzubrechen. Was jedoch passiert, ist das glatte Gegenteil: Weil die Weltmarktpreise für Öl und Gas schneller steigen, als die Importe der EU aus Russland sinken, und weil es Moskau zudem gelungen ist, Ausfuhren nach Asien umzuleiten, verbucht Putin Monat für Monat Rekordgewinne. Schon Ende April hatte er die Hälfte jener 9,5 Billionen Rubel (170 Milliarden Euro) zusammen, die in der Haushaltsplanung für das laufende Jahr aus dem Energieexport veranschlagt sind. Experten sagen für das Gesamtjahr Erlöse von umgerechnet bis zu 300 Milliarden Euro voraus – ein Drittel mehr als 2021.

Um die Misere zu beheben, lässt US-Präsident Joe Biden seit Wochen einen Plan ausarbeiten, den er den Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industrieländer (G7) bei ihrem Gipfeltreffen am Wochenende im bayerischen Elmau vorlegen will. Das Konzept hat gleich zwei Ziele: Es soll einerseits Putins Einnahmen durch die Einführung einer weltweiten Preisobergrenze für russisches Öl drastisch senken, zugleich aber verhindern, dass Moskau alle Lieferungen stoppt und damit den Weltmarktpreis weiter in die Höhe treibt.

Konkret ansetzen wollen die USA beim Versicherungsschutz für russisches Öl, das per Schiff ausgeliefert wird. Bevor ein Tanker ablegt, schließt die Eigentümerfirma eine Haftpflichtpolice ab, um sich gegen die Folgekosten eines möglichen Unfalls oder sonstigen Schadens zu schützen. 95 Prozent dieses Versicherungsgeschäfts werden über die International Group of P&I Clubs in London abgewickelt.

Europa ist skeptisch – und Länder wie China und Indien dürften kaum mitmachen

Die Idee der Amerikaner: Künftig sollen Frachtkonzerne nur noch dann eine Police erhalten, wenn das Öl, das sie transportieren, deutlich unter Weltmarktpreis in Russland eingekauft wurde. Statt aktuell etwa 110 Dollar pro Barrel würden dann, je nach Gestaltung der Preisobergrenze, vielleicht noch 30 oder 50 Dollar je 159-Liter-Fass fällig. Putins Einnahmen gingen so drastisch zurück. Gleichzeitig, so der Gedanke, könnte der Moskauer Kriegsherr den Verkauf aber nicht einfach einstellen, weil er dann komplett auf die Erlöse aus dem Ölgeschäft verzichten müsste. Gewinner wären die Verbraucher in den Importländern, die erheblich weniger für Benzin, Diesel und Heizöl zahlen müssten.

Der Vorschlag klingt wie die Quadratur des Kreises – und tatsächlich ist die Skepsis riesengroß im G-7-Kreis, zu dem neben den USA auch Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Japan und Kanada gehören. „Das alles ist sehr, sehr

komplex“, heißt es etwa in Berliner Regierungskreisen. „Schon die Versicherungssanktionen selbst umzusetzen, ist schwierig. Dazu noch einen Preismechanismus einzuführen, ist noch schwieriger.“

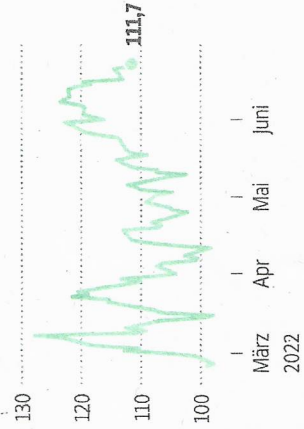
Zu den zentralen Problemen gehört, dass die EU in ihrem jüngsten Sanktionspaket gerade erst ein Versicherungsverbot für Frachter beschlossen hat, die russisches Öl transportieren. Es soll Anfang 2023 in Kraft treten. Folgte man nun dem Vorschlag der USA, müsste man für Billigöle Lieferungen Ausnahmen zulassen. Wer aber einmal miteinlebt hat, was passiert, wenn mühsam vereinbarte EU-Vereinbarungen wieder aufgeschnürt werden, dem dürfte angst und bange werden: Oft nämlich nutzen einzelne Staaten solche Gelegenheiten aus, um Kompromisszusagen an ganz anderer Stelle wieder zu kassieren

und alte Forderungen aufzuwärmen. Im schlechtesten Fall müsste das ganze Paket neu verhandelt werden.

Hinzu kommt: Warum sollten sich Länder wie China und Indien an einem Preisdiktat des Westens beteiligen – ausgerechnet jene Staaten also, die mittlerweile zu Vorzugskonditionen einen Teil des russischen Öls beziehen, das Moskau vor dem Ukraine-Krieg nach Europa und in die USA geliefert hatte? Selbst wenn etwa die Volksrepublik für jedes Barrel künftig nur noch einen Bruchteil dessen zahlen müsste, was derzeit auf dem Weltmarkt verlangt wird, würde sich die Führung in Peking sicherlich überlegen, ob sie die Rolle eines Erfüllungsgehilfen amerikanischer Interessen übernehmen will. Ohne die großen asiatischen Ölimporture aber wäre Bidens Initiative wohl zum Scheitern verurteilt.

Rohöl der Sorte Brent

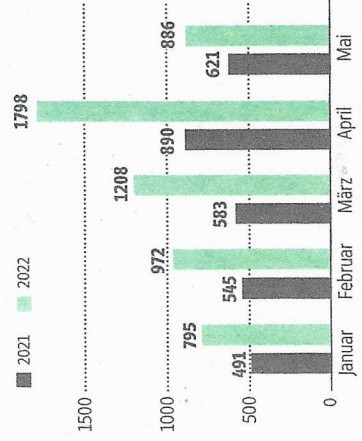
Angaben in Dollar je Barrel



Stand am 23.6.22
SZ-Graphik; dfr; Quelle: Refinitiv

Auf Rekordkurs

Einnahmen des russischen Staats, in Milliarden Rubel



SZ-Graphik; Quelle: Ministerium für Finanzen der Russischen Föderation

Auch Russland selbst könnte sich wehren, etwa indem Moskau den Frachtkonzernen selbst Versicherungsschutz anbietet. Zwar wüsste niemand, wie viel eine solche Zusage bei einem Unfall tatsächlich wert wäre. Manche Logistikkonzerne könnten aber bereit sein, das Risiko eingehen – zumal wenn Russland im Gegenzug mit finanziellen Anreizen winken sollte.

Die Frage wird am Ende lauten: Wer sitzt am längeren Hebel, Russland oder die G-7-Staaten? Die USA und Kanada haben die Einfuhr russischen Öls bereits verboten, die Europäer wollen vom kommenden Jahr an zumindest auf Importe via Seeweg verzichten. Die Lieferung über Pipelines soll jedoch vorerst weitergehen, denn Westeuropa hängt am Tropf Moskaus: Die Hälfte aller russischen Ölexporte ging im vergangenen Jahr in die EU, die zugleich rund 40 Prozent ihres Gasbedarfs durch Einkäufe beim östlichen Nachbarn deckte.

Biden will seinen Plan dennoch weiter vorantreiben – auch weil er daheim massiv unter Druck steht: Wegen der hohen Rohölkosten sind die Benzinpreise in den USA allein seit Kriegsbeginn um 50 Prozent in die Höhe geschossen, entsprechend groß ist der Frust vieler Bürger. Bidens ohnehin umfragegeplagte Demokratische Partei läuft damit immer mehr Gefahr, bei den Kongresswahlen im November ihre Mehrheiten in beiden Parlamentskammern zu verlieren. „Wir arbeiten mit unseren Partnern sehr aktiv an der Sache“, sagte US-Finanzministerin Janet Yellen diese Woche nach einem Gespräch mit ihrer kanadischen Amtskollegin Chrystia Freeland vor Journalisten. „Bleiben Sie dran!“